



WIESBADEN



Die Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung
Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, 28.11.2008

HINWEIS:

Vor der Sitzung des Ausschusses findet ebenfalls im Raum 304 um 16.00 Uhr
die Sitzung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Interkulturellen Woche 2009
statt.

Im Anschluss an die Ausschusssitzung tagt ab 19.00 Uhr die
Härtefallkommission.

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 02. Dezember 2008, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift

2. 08-F-24-0010 + 08-F-25-0050

Besetzung der Kommunalen Härtefallkommission

- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 24.11.2008 -

Der Ausschuss wolle beschließen:

Folgende Mitglieder des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration werden in die Kommunale Härtefallkommission entsandt (§ 2 Abs. 1 der Geschäftsordnung):

- Stv. Stefan Spallek (CDU)
Vertreterin: Stv. Sofia Karipidou (CDU)

- Stv. Christoph Manjura (SPD)
Vertreter: Stv. Peter Schickel (SPD)

- Stv. Hubert Müller (B'90/Die Grünen)
Verteeterin: Dr. Helga Brenneis (B'90/Die Grünen)

- Stv. Brigitte Klüssendorf (FDP)
Vertreter: Stv. Boye Claussen (FDP)

3. 08-F-25-0149

Ausbau des Breitbandkabelnetz

- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 24.11.2008 -

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in der nächsten Ausschusssitzung zu berichten,

1. in welchen Teilen der Landeshauptstadt Wiesbaden derzeit nicht oder nur mit niedrigen Übertragungsbitraten DSL verfügbar ist;

2. wie hoch die Kosten wären, wenn die Stadt den von der Deutschen Telekom AG angebotenen Kooperationsvertrag bezüglich des flächendeckenden Ausbaus des Breitbandkabelnetzes unterzeichnen würde.

4. 08-F-01-0111

Vorfall an der Albrecht-Dürer-Schule

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.11.2008 -

In mehreren Artikeln der Tagespresse seit Mitte November wurde über den Ausschluss von drei türkischen Schülerinnen der Albrecht-Dürer-Schule vom Unterricht berichtet. Der Ausschluss wurde nach diesen Berichten damit begründet, dass sie in der Schule Türkisch gesprochen haben. Über die

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 02. Dezember 2008

näheren Umstände der Maßnahme gibt es widersprüchliche Angaben, so dass über einige zentrale Fragen bisher keine Klarheit besteht, so z. B., ob sich die Mädchen in der Pause auf dem Schulhof oder im Unterricht in ihrer Muttersprache unterhielten.

Mit Blick auf die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0113 und Nr. 0114, beide vom 16.02.2006, hat der Vorfall politische Bedeutung.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

über den derzeitigen Stand der Ermittlungen zu berichten, insbesondere über die näheren Umstände und Hintergründe des Vorfalls, ebenso über womöglich eingeleitete Maßnahmen.

5. 08-F-06-0064

Verbot der Herkunftssprache als Mittel der Integration?
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 26.11.2008 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob es in Umsetzung des Beschlusses Nr. 114 der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Februar 2006 zu Vereinbarungen an Schulen gekommen ist, die die Schüler/innen verpflichten, sich auf dem Schulgelände generell in deutscher Sprache zu verständigen.

An welchen Schulen gibt es solche Vereinbarungen?

Wie beurteilt der Magistrat die Wirkung solcher Vereinbarungen angesichts des Gebotes des Artikels 3 GG und der fachwissenschaftlich fundierten Auffassung, dass die Pflege und Förderung der Herkunftssprache dazu beitragen jede weitere Sprache besser zu erlernen und dass die Beherrschung möglichst vieler Sprachen in der globalisierten Welt einen unschätzbaren Wert für jeden Menschen darstellt.

6. 08-F-01-0031

Erneuerung der Wahlurnen

ANLAGE (Bericht des Magistrats)

7. 08-F-01-0084

Vorbereitungskurse für die Einbürgerungstests

ANLAGE (Bericht des Magistrats)

8. 08-V-16-0002

DL 51/08-2

Erlass einer Ordnung für das Jugendparlament; Änderung der §§ 14a, 26a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung; Wahl zum Jugendparlament

9. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spruch
Vorsitzende